Donnerstag, den 16. Februar.

Thorner  Zeitung.

Nro. 41. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. **1871.**

Abgeordnetenhaus.

In der 28. Plenarsitzung am 13. Februar wurde nach Erledigung einiger geschäftlichen Mittheilungen die Berathung über das Unterstützungswohnsitz-Gesetz vollendet. Die Abstimmung über das ganze Gesetz wird auf morgen verschoben. Es folgt der Bericht der Budget-Commission über den schon erwähnten Gesetzentwurf betreffend die Leistung eines Vorschusses für die Kriegführung. Der Referent befürwortet die einstimmige Annahme der Commissionsvorlage und Ablehnung eines Virchow'schen Antrages, der den Vorschuß nicht dem „Bundeskanzler", sondern dem „deutschen Kaiser" gewährt wissen will. Abg. Virchow. Durch die im Gesetze vorgeschriebenen Transferirungen, werden Complicationen geschaffen, welche bebeweisen, daß man über die Person des Bundeskanzlers hinausgehen müsse. Er würde den Ausdruck „deutsches Reich" beantragt haben, wenn dies nicht eben noch ein ziemlich vager Begriff wäre und deshalb empfehle es sich, die Verfügung der Summe dem deutschen Kaiser, als Repräsentanten des Reichs, zu übertragen. Im Uebrigen verwahrt Redner sich und seine Partei gegen den Verdacht des geringen Patriotismus. Die Fortschrittspartei habe auch die Ueberzeugung, daß der Krieg unter allen Umständen ganz zu Ende geführt werden müsse. Sein Antrag soll nur die formale Seite genau präcisiren. Abg. v. Benda empfiehlt den Commissionsvorschlag. Desgleichen der Finanzminister, welcher um volle Einstimmigkeit bittet, damit es auch hier wieder klar werde, daß sie in Bezug auf die Kriegsfrage Ein Herz und Eine Seele seien. (Bravo!) Abg. Virchow zieht hierauf im Interesse des Ganzen seinen Antrag zurück. (Bravo!) — Bei der Abstimmung wird § 1 der Commissions-Vorl. einstimmig angenommen (dagegen nur 12 Polen), ebenso die § 2—4 und damit das ganze Gesetz.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

29. Plenarsitzung am 14. Februar.

Zunächst kam die Anfrage des Abg. Rickert zur Verlesung: ob die Regierung die erforderlichen Anordnungen getroffen habe, um die durch das Schneegestöber der letzten Tage verursachten Verkehrsstörungen auf den Eisenbahnen schleunigst zu beseitigen? Der Fragesteller begründet seine Interpellation, indem er seine Reiseabenteuer auf der Berlin-Königsberger Bahn erzählt. In der Nähe von Heiligenbeil mußte der Zug 13 Stunden bei 16 Grad Kälte im Schnee festliegen, ohne daß die Direction der Bahn mehr that, als zwei Arbeiter zur Bewältigung der Schneemassen anzustellen, die natürlich ohne Erfolg arbeiteten. Mehr Arbeiter konnte die Bahndirection zu dem Tagelohn von 8 Sgr. nicht finden, der Handelsminister habe aber doch wohl die Pflicht, für die schleunigste Beseitigung derartiger Verkehrsstörungen zu sorgen. — Der Handelsminister giebt zu, daß in letzter Zeit mehrfach Verkehrsstörungen in den Ostprovinzen vorgekommen sind, allein wenn mehr als 6 Fuß Schnee fällt, dann sei es eben unmöglich, mit der Bahn zu fahren. Er habe gewiß alles mögliche gethan, um diese Uebelstände zu beseitigen, und werde auch in Zukunft mit größter Strenge darauf halten, aber es könne trotzdem vorkommen, daß bei 16 Grad Kälte selbst für 20 Sgr. Tagelohn keine Arbeiter aufzutreiben sind. Schließlich wünscht der Minister unter großer Heiterkeit des Hauses dem Interpellanten, er möge auf der Heimreise nicht abermals im Schnee sitzen bleiben.

Das „Unterstützungswohnsitz-Gesetz" wird bei der Schlußabstimmung mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Schlußberathung über den schleunigen Antrag der Abgg. Lasker und Miquél: die Regierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen schleunigst darauf hinzuwirken, daß der in einigen Gegenden des norddeutschen Reiches, besonders in einigen Provinzen Preußens, noch bestehende Kriegszustand zum Schutze der Wahlfreiheit ungesäumt aufgehoben werde. — Es beantragen dazu: Referent Graf Bethusy-Huc: den Antrag durch die Antwort der Regierung auf die gleichartige Interpellation Windthorst's als erledigt zu erachten; der Correferent Lent: den Antrag anzunehmen; Prof. Dr. Virchow: zu beschließen im Zusatz zu dem Antrage, auch dafür Sorge zu tragen, daß die Bestimmung des Gesetzes vom 4. Juli 1851 über die persönliche Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber (§ 4) streng durchgeführt werde. — An der Debatte betheiligen sich die Abg. Bethusy-Huc, welcher seinen Antrag empfiehlt, weil die Regierung sich in vertrauenvollster Weise für den Schutz der Wahlfreiheit erklärt habe; Lent, der seinen Antrag damit motivirt, daß ein Belagerungszustand an sich schon einen so eminent schwierigen Nothstand bilde, welcher zur ernstesten Prüfung auffordert. Virchow für seinen Antrag; Der Minister des Innern die Ablehnung sämmtlicher vorliegenden Anträge empfehlend. Windthorst und Duncker und Lasker für beide Anträge, v. Kardorff gegen dieselben. Dann wird der Lasker-Miquél'sche Antrag in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 108 Stimmen, der Virchow'sche Antrag mit großer Majorität angenommen:

Es folgt der mündliche Bericht der Justiz-Commission über den Hagen'schen Antrag in Betreff der Offiziersehen. Ref. Abg. Jung beantragt die Annahme des vorgeschlagenen Gesetzes in folgender Fassung: „Ehen welche von Militärpersonen vom 15. Juli 1870, als dem Tage der angeordneten Mobilmachung der Armee, an während des gegenwärtigen Krieges, ohne vorherige königliche Genehmigung, bezw. ohne Genehmigung des vorgesetzten Kommandeurs geschlossen und aus diesem Grunde nichtig sind, sollen, wenn diese Genehmigung nachträglich erfolgt, als von Anfang an giltig angesehen werden. Dies findet auch dann statt, wenn die Ehe inzwischen durch den Tod aufgelöst sein sollte." — Der Justizminister: Es lasse sich nicht verkennen, daß vom Standpunkt des strengen Rechts Bedenken gegen dieses Gesetz erhoben werden müssen, der Staat habe jedoch die Pflicht, außer auf die ausschließlich rechtliche, auf die sittliche Seite ebenfalls Bedacht zu nehmen, und deshalb habe die Regierung nichts einzuwenden. — Reichensperger (Coblenz) konstatirt, daß es gewisse kirchliche Momente gebe, welche gegen die Regierungsmaßnahmen sprächen; diese Momente fallen aber auch zu Gunsten des Commissionsvorschlages in die Wagschale, den er mithin um so dringender zur Annahme empfehle — darauf wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Ohne Debatte wird zu dem Bericht der Butgetkommission über den 21. Bericht der Staatsschuldenkommission die Resolution angenommen: 1) daß die Rechnungen der Staatsschuldenverwaltung künftig wieder so zeitig, wie es im Jahre 1869 geschehen, zur Decharge werden vorgelegt werden; 2) daß der Bericht der Staatsschuldencommission über den ihr gewordenen Auftrag vom 11. Februar 1870 in der nächsten Session vorgelegt werden wird. — Ebenso werden ohne Debatte zu den Etatsüberschreitungen des Jahres 1868 die Anträge angenommen: 1) Das bisherige Verhältniß des Obermarstalls zu der Gestütsverwaltung in Beziehung auf die Lieferung von Obermarstall-Remonten zu lösen, 2) die Etatsüberschreitungen für das Jahr 1867 mit 5,963,598 Thlr., sowie die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben desselben Jahres, einschließlich der Ausgaben für die neuen Landestheile aus Vorjahren mit 14,683,355 Thlr. nachträglich zu genehmigen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Landtag.

Herrenhaus. Die heutige 8. Plenarsitzung war außerordentlich spärlich besucht, es mochten kaum 40 Mitglieder im Hause anwesend sein. Am Ministerstische befanden sich die Herren Dr. v. Mühler, Dr. Leonhardt und Graf Itzenplitz. Um 2¼ Uhr eröffnet Präsident Graf Stolberg-Wernigerode die Sitzung mit mehren geschäft-

Jakob Venedey.

† am 8. Febr. 1871.

Die Gelegenheit zu einem ausführlichen Nachruf an den eben dahingegangenen treuen Kämpen für Vaterland und Freiheit dürfte sich bald finden. Hier nur, auf die erste Kunde seines Todes, ein Blick in die letzten Aufregungen seines Lebens, ausgesprochen in einem Briefe, den er am 28. Januar in voller Frische wenige Tage vor seiner Erkrankung hieher nach Berlin an Karl Gutzkow richtete.

„Hätte Dir längst einmal schreiben sollen. Aber — — vorerst hätte ich Dir sagen sollen, warum ich den Antrag des Buchhändlers, den Du an mich gewiesen, um ihm ein Schriftchen über den Elsaß zu verfassen, abgewiesen. Die Sache lag für mich nicht so einfach. Ich hatte 1840—42 die „Rheinfrage" in „Frankreich und in Deutschland" bekämpft, in Frankreich la frontiére du Rhin, in Deutschland das Elsaßgelüste. Ich hoffte so, beide Völker zum Bewußtsein der furchtbaren Geschicke zu bringen, die auf dem Boden dieser Frage schlummerten. Ich wußte sehr gut, wie berechtigter die Ansprüche Deutschlands auf den Elsaß waren; ich wußte auch, daß wenn der Kampf um den Rhein entbrenne, Deutschland den Elsaß zurückfordern werde, müsse — ich habe zehnmal für einmal Arago, Beranger, David d'Angers gesagt: „Rührt nicht an dem Rhein, sonst verliert Ihr den Elsaß!" Aber ich hatte in den ersten Tagen des Krieges eine Scheu, ihn mit dieser Frage zu einem Kampfe auf Sein oder Nichtsein machen zu helfen, ich wußte, daß er dazu heranwachsen werde; ich wußte, daß es, nachdem Blut und nach und nach Blut in Strömen geflossen, in der Natur der Dinge liege, daß das deutsche Volk nur den Elsaß behalten werde, um seiner selbst, um des Friedens für Deutschland und Europa behalten müsse. —

Aber erst der große Kampf, das Blut in Strömen löste den Bann, den der Kampf zwischen beiden Völkern von 1840 aufgezwungen, den Kampf um den Frieden gegen den Krieg für Beide. Mit jedem Tage, daß der Krieg größer und ernster wurde, wurde ich immer mehr Patriot und letztlich schüttelte ich die letzten Rücksichten ab. —

Die Demokratie — „Zukunft", „Frankfurter Zeitung", „Stuttgarter Beobachter", „Volksstaat" — haben mit zu verantworten, daß der Krieg überhaupt ausbrach. „Frankreich hörte diese Stimmen und glaubte Deutschland getheilt zu finden". Die Franzosen wollten „Deutschland vom Joche Preußens" befreien, so sagten sie, und hofften mit diesem oft gelungenen Kampfe für „deutsche Freiheit" noch einmal uns zu zertreten und die Rheinprovinzen zurückzugewinnen. Hätten sie wie 1840 das Bewußtsein gehabt: „Ganz Deutschland wird kämpfen" — sie hätten den Krieg nicht begonnen, sicher nicht! Als nun jetzt deutsche Demokratie, d. h. ihre Führer in „Zukunft", „Frankf. Ztg.", „Volksstaat" ꝛc. für die französische Republik des Wortshelden Gambetta eintraten, war Gefahr, daß die französischen Republikaner noch einmal sich einbildeten, es gebe in Deutschland eine Partei, die um der Republik willen, Deutschland an Frankreich verrathen werde. Dieser Gefahr gegenüber, die mehr zum Unheile Frankreichs als Deutschlands den Krieg vergiftete, verlängerte, hielt ich es für Pflicht, soweit mein Einfluß reicht, der Trommel den Boden einzuschlagen. So entstand in mir der Brief über die „Friedensheulerei". Mit diesem Artikel habe ich nun freilich der Trommel, dem Faß den Boden eingeschlagen, und seit dem Tage überstürzt mich auch die schmutzige Lauge, die in demselben Faß. Die „Frankfurter Zeitung" fragt: „Wem ich diene?" Gestern erhielt ich einen Brief, der mir sagt, man habe mich schon lange für einen Spion gehalten, jetzt sei man sicher, daß ich vom Welfenfond bezahlt sei. Vorgestern schrieb mir ein anderer Anonymus: ich sei ein Renegat und mein Vater, der ehrliche Republikaner von Köln, habe sich im Grabe umgedreht. Mit jeder Post aber erhalte ich zugleich das Pflaster auf die Wunden, die mir nicht — geschlagen, sondern einstweilen nur angedroht werden. In der That, es ist wahrhaft komisch, wie Tag für Tag der negative und zugleich positive Strom der Vaterlandsliebe sich bei mir entladen. Mit jenem „Renegaten, dessen Vater sich im Grabe umgedreht," erhielt ich zugleich aus einflußreichem Kreise das Angebot, mich zum Parlament zu wählen. Alte und neue Freunde treten mir nahe und schütteln mir die Hand, als ob sie ahndeten, daß der blinde Haß sich auch an mich herandrängt.

Es ist wunderbar, wie es mir ergeht. Du entsinnst Dich vielleicht, daß Heine 1842 in der „Augsburger Ztg." sagte: „England zahle den deutschen Tribunen die Kosten für seine Brochüren in der Rheinfrage". Ich habe in der letzten Zeit meine Papiere von 1832—1848 geordnet und einen großen Schatz der merkwürdigsten Dinge und Autographen gefunden. Dabei war Heine's Brief, wodurch er mir ankündigt, daß er jene Verleumdung in der „Augsb. Allg. Ztg." widerrufen habe. — Sobald die Kanonen, die uns sehr nahe, sehr nahe sind, schweigen, lasse ich meine Memoiren über Heine, Börne, Béranger drucken. Weißt Du mir einen rechten Verleger dafür? Die Arbeit soll heißen: „Die deutschen Republikaner unter dem Julikönigthum". Du kommst auch hinein, aber sei ruhig, Du weißt, Dein Bewußtsein sagt Dir, wie. Und nun schreibe bald ein paar Zeilen. Ich bin doch froh, daß ich den Winter hier war. Es ist etwas Wunderbares um einen Tannenwald im Schnee.

Dein Venedey."

lichen Mittheilungen, und erwähnt des Todes der Mitglieder = Fürst Pückler=Muskau, Bürgermeister Deetz zu Frankfurt und Landrath a. D. v. Brünneck, zu deren ehrendem Andenken das Haus sich von den Sitzen erhebt. Graf Leonhard zu Solms=Sonnenwalde ist ins Herrenhaus berufen und wird in der nächsten Sitzung vereidigt werden. Das Gesetz wegen Bewilligung einer Anleihe von 4 Millionen Thlr. zur Vervollständigung des preußisch=hessischen Eisenbahnnetzes sowie zur Vermehrung der Betriebsmittel der Staatsbahnen wird nach kurzer Discussion nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses genehmigt; desgleichen das Gesetz über das Expropriationsverfahren in Hannover und im Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt, und das Gesetz über die Indemnitätsertheilung in Bezug auf die Ausführung des 24=Millionen=Anleihegesetzes vom 9. März 1867 und die Feststellung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 19. März 1870 zu deckenden Ausgaben aus dem Jahre 1868. Es folgen Petitionsberichte.

Tagesbericht vom 15. Februar.

Vom Kriegsschauplatze.

Der preußische Generalstab setzt seine Vorsichtsmaßregeln und Truppenverschiebungen derart fort, daß man im Stande ist, am 19. Februar Mittags, falls bis dahin der Friede nicht gesichert sein sollte (womit nicht gesagt ist, daß er auch bereits unterzeichnet sein müsse), die Offensivvorstöße nach Süden, Westen und Norden im größten Maßstabe vor sich gehen zu lassen. Die deutschen Staatsmänner versäumen auch ihrerseits nichts, um das Friedenswerk zu fördern und die in den besetzten Landestheilen eingeleiteten principiellen Contributionen ꝛc. noch vorher zum geregelten Abschluß zu bringen. —

Prinz Friedrich Karl ist seit dem 7. in Versailles. Am 8. Februar Vormittags fand in der Präfectur großer Kriegsrath statt, an welchem der Prinz und Tresckow theilnahmen. Es werden begreiflicherweise alle Eventualitäten ins Auge gefaßt, also auch die, daß wider alles Erwarten heute, am Tage der Wahl, Frankreich solche Männer nach Bordeaux entsendet, welche die Fortsetzung des Krieges votiren werden. Ich nahm einen Augenblick lang an, die Kriegspartei gewänne in Bordeaux die Oberhand, und ich gebe Ihnen die Versicherung, für diesen Fall würde von unsern deutschen Soldaten der Krieg ganz anders fortgeführt werden, wie bisher. Ich glaube, man wäre fest entschlossen, nicht einen Stein auf dem andern zu lassen, bis das französische Land zu Kreuze kriecht. Bei aller Verwüstung im Einzelnen, die eine nothwendige Folge des Krieges ist, hat man bis jetzt den Feind so viel als irgend möglich geschont; allein die Enttäuschung würde eine gewaltige Reaction hervorrufen. Jedermann von oben bis unten, ist des Krieges satt, und umsomehr überdrüssig, als Deutschland außer Stande ist, ein Eroberungsheer ins Feld zu stellen; man versteht indeß keinen Spaß und am wenigsten in einem Augenblicke, wo man schon der Freude über den nahen Frieden voll war. Der Krieg wird zu Ende gehen, das ist unsre Aller Hoffnung; will ihn aber Frankreich noch weiter haben, so wird es diesen Entschluß theuer zu bezahlen haben. Man würde keine Schonung kennen, sondern durch die härteste Kriegführung Alles thun, um den Widerstand allerorten so rasch wie möglich zu brechen. — Der Ausfall der heutigen Wahlen ist für uns grade so wichtig wie für Frankreich selbst, und darum wird Jules Favre das Resultat der Wahlen in den nicht occupirten Gebieten mittels unserer Feldtelegraphen mitgetheilt werden, sobald es an den amtlichen Stellen ermittelt worden ist. Das Verhältniß zwischen Versailles und Paris hat sich zu einem äußerst freundschaftlichen gestaltet und läßt kaum etwas zu wünschen übrig. Daraus erklärt sich auch, daß in praxi die Convention viel milder gehandhabt wird, als ihr Wortlaut dies gestattet. Jules Favre wird morgen wieder hier eintreffen. Die Berathungen des Friedenstractates nehmen ihren ungestörten Fortgang, und wenn nicht Alles täuscht, so fällt derselbe milder für Frankreich aus, als man gemeinhin sich vorstellt. An dem Geldpunct scheitern die Verhandlungen ganz gewiß nicht. Lehnt Bordeaux den Frieden ab, so zieht Jules Favre sich zurück und Deutschland steigert seine Forderungen sehr bedeutend.

Die Chancen für einen definitiven Friedensschluß haben sich durch das Resultat der Wahlen in Frankreich bedeutend vermehrt, denn die monarchischen und gemäßigten Elemente werden unzweifelhaft die überwiegende Mehrheit in der Constituante bilden. Man darf nach den bis jetzt eingetroffenen verbürgten Nachrichten annehmen, daß die Republikaner und Bonapartisten höchstens 200 Sitze errungen haben, während mehr als 300 Mitglieder derjenigen Partei angehören, welche sich für die Einsetzung der Orleans interessirt. Ob diese gemäßigten und monarchischen Deputirten nun auch die deutschen Friedensbedingungen annehmen werden, darüber kann man freilich heute nur Muthmaßungen anstellen, da die Franzosen, was ihre Nationaleitelkeit anlangt, unberechenbar sind; indessen da Thiers und Jules Favre in der neuen Nationalversammlung eine so gewichtige Rolle zu spielen berufen sind, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Repräsentanten des französischen Volkes allgemein, wenn auch erst nach und nach, mit der Ueberzeugung erfüllt werden, daß Frankreich völlig außer Stande ist, den Widerstand gegen Deutschland mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen.

Bern, 13. Februar. Wie der „Bund" meldet, ergiebt eine genau Zusammenstellung der Berichte aus den einzelnen Cantonen, daß die Zahl der internirten Franzosen sich auf 1798 Officiere und 79,789 Mannschaften nebst 10,000 Pferden beläuft. —

Bordeaux, 12. Februar. Jules Favre ist hier angekommen.

— Alle aus Frankreich hierher kommende Nachrichten bestärken uns in der Hoffnung, daß die Partei der Gemäßigten in der Constituante den Ausschlag geben u. die Majorität für den Frieden stimmen werde. Alle Sachkundigen werden der Meinung beipflichten, daß Frankreich die Mittel und Kräfte fehlen, um den Kampf gegen Deutschland wieder aufzunehmen, das für diesen Fall den Krieg sofort nach dem Westen und Süden tragen würde, und dessen Heeresleitung schon jetzt alles angeordnet hat, daß in kürzester Frist die letzten Widerstandsmittel vernichtet werden können. Auch ist von denjenigen Armeecorps, denen diese Aufgabe zufallen dürfte, nämlich denen, welche bis jetzt noch am wenigsten gelitten haben, das 4. Armeecorps schon nach dem Westen dirigirt worden. — Es bestätigt sich, daß der Kaiser zur Eröffnung des Reichstags nach Berlin zurückkehren wird. Wie man vernimmt, werden zur Zeit der Reichstagsverhandlungen auch die sämmtlichen Fürsten Deutschlands sich hier zusammenfinden. — Es ist in letzter Zeit wiederholt auf die Versuche Englands hingewiesen worden, auf die deutschen Friedensbedingungen Einfluß zu gewinnen, wie es auch ja nicht unbekannt ist, daß England der deutschen „Bundesregierung „Mäßigung" anrieth und den Grafen Bismarck den Rath ertheilte, auf die Einverleibung von Metz in Deutschland zu verzichten. Aus dem dem Parlament vorgelegten Blaubuche erfahren wir jetzt noch, daß England unterm 20. Januar d. J. dem Grafen Bismarck den Wunsch zu erkennen gab, derselbe möge den neutralen Mächten die beabsichtigten Friedensbedingungen mittheilen. Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Wunsch keine Berücksichtigung finden kann; es kann nur bedauert werden, daß England, das so außerordentlich wohlwollende Gesinnungen gegen Frankreich zur Schau trägt, eine solche Grausamkeit gegen dasselbe begehen kann, indem es so der Vermuthung Raum giebt, als ob Europa mit über die deutschen Friedensbedingungen zu bestimmen habe.

Deutschland.

Berlin, den 14. Febr. Civilproceßordnung. Die Vorarbeiten zu einer neuen Civilprozeßordnung werden eifrig fortgesetzt, und der Justizminister hat in einem Schreiben vom 3. d. Mts. erklärt, daß die Frage über den Fortbestand, beziehungsweise die Umgestaltung des in einzelnen Landestheilen bestehenden Schiedsmanns=Instituts mit jenen Vorarbeiten im Zusammenhange stehe. Da, wo dieses Institut besteht kann keine Injurienklage angenommen werden, wenn nicht zuvor bescheinigt ist, daß der Kläger die schiedsamtliche Sühne nachgesucht hat.

— Die Antwort der Mitglieder der Kunstakademie auf das vielbesprochene Rescript des Cultusministers in Sachen der Kunstausstellungen liegt jetzt im Wortlaut vor, dessen stolzer, selbstbewußter Ton jeden Kunstverehrer mit hoher Genugthuung erfüllen muß. Die Stellung der akademischen Künstler wird wie folgt präcisirt: „Die Akademie der Künste ist oder soll sein eine Gemeinschaft der Meister, von welcher der Staat voraussetzt und erwartet, daß sie als höchste Autorität das Gedeihen und die Förderung der Kunst überall im Auge habe; bei welcher die Krone selber gelegentlich Rath und thätige Beihilfe einzuholen nicht verschmäht." Es wird dann ferner in Aussicht gestellt, daß kein Mitglied mehr in die Ausstellungskommission treten werde, ja daß die Künstler sich ganz von der Ausstellung zurückziehen möchten, und zum Schluß heißt es: „Eine Beruhigung könnte die k. Akademie nur darin finden, wenn Ew. Excellenz die in Aussicht gestellte Vereinbarung mit der k. Akademie über Principien, die unvereinbar sind, hochgeneigtest fallen lassen, und in rein künstlerischen Angelegenheiten der Autorität der Akademie, welche dieselbe glaubt mit Recht beanspruchen zu können, Ihre Anerkennung nicht versagen möchten, wodurch zugleich das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen sein würde.

— Die Ehrenbezeugungen für General von Werder in Süddeutschland nehmen unverminderten Fortgang. Wie die „Karlsr. Ztg." mittheilt, hat der dortige Gemeinderath auf Anregung der Städte Lahr und Offenbach beschlossen, gemeinschaftlich mit den Gemeinden des Landes, die sich weiter anschließen, eine badische Ehrengabe für den General von Werder zu erstreben. Oberbürgermeister Lauter hat in diesem Sinne schon eine Aufforderung an die Gemeinden im Lande erlassen und es werden darauf hin wohl zahlreiche Anschlußerklärungen einkommen. Nunmehr hat derselbe auch eine Gabe vorgeschlagen, dahin gehend: von einem bedeutenden Künstler ein Schlachtengemälde aus der Gegend von Belfort in Oel ausführen zu lassen, im Hintergrund etwa das Schloß Mömpelgard, im Vordergrund Werder mit seinem Generalstab in Portraitähnlichkeit. Das Original würde dem General übereicht, nachdem Photographien davon in so großer Zahl entnommen würden, daß im Rathhause einer jeden Gemeinde, welche Theil genommen hat an dem Dankeswerke, zum ewigen Gedächtniß an General von Werder und unsere badischen Truppen ein Exemplar aufbewahrt werden könnte.

— Die Kölner kommen dies Jahr um ihren Karneval. Durch eine Bekanntmachung des königlichen Polizeipräsidenten in Köln vom 10. Februar sind „in Folge des Krieges und der Fortdauer des Belagerungszustandes der Stadt Köln" alle Maskeraden auf den Straßen, Plätzen und den öffentlichen Lokalen auch für die drei Faschingstage (19. 20. und 21. Februar) verboten. Eben so wenig sollen Maskenbälle in öffentlichen Lokalen gestattet werden.

— Verluste der norddeutschen Armee im gegenwärtigen Kriege. Die bisher veröffentlichten 193 Listen umfassen die zwölf norddeutschen Armeekorps nach der Friedensformation und die badische Division und konstatiren an Todten: 2 Generale, 72 Stabsoffiziere, 791 Hauptleute und Lieutenants; 240 Feldwebel, Vicefeldwebel, Wachtmeister, Vicewachtmeister, Stabstrompeter, Fähnriche, 1275 Sergeanten, Unteroffiziere, Trompeter, Hautboisten, Oberjäger, 11,567 Gefreite, Spielleute und Gemeine, 1 Geistlichen und 16 Aerzte ꝛc., Summa 865 Offiziere und 13,099 Mann (nicht 977 Offiziere und 12,865 Mann). — An Verwundeten: 14 Generale, 192 Staboffiziere, 2674 Subalternoffizier, 997 Feldwebel ꝛc., 5681 Unteroffiziere ꝛc. 57,832 Gefreite ꝛc., 2 Geistliche, 1 Roßarzt, 1 Büchsenmacher, 107 Aerzte ꝛc., 16 Krankenträger, Summa 2880 Offiziere und 64,637 Mann (nicht 3050 Offiziere und 61,426 Mann). An Vermißten: 46 Offiziere, 281 Unteroffiziere 6 Fähnriche, 12 Feldwebel, 5 Vicefeldwebel, 1 Wachtmeister, 1 Reg.=Tambour, 1 Bataillons Tambour, 17 Aerzte, 37 Lazareth=Gehülfen, 32 Kranken= resp. Verbandzeugsträger, 2 Roßärzte, 1 Zahlmeister, 7041 Gefreite ꝛc. Summa 46 Offiziere und 7437 Mann (nicht 65 Offiziere und 9768 Mann). Der Gesammtabgang stellt sich demnach auf 3791 Offiziere und 85,173 Mann (nicht 4092 Offiziere und 84,069 Mann. Unter den 193 Listen befinden sich mehrere, welche Berichtigungen enthalten. Leute, die ursprünglich als todt aufgeführt waren, sind nur verwundet; Leute die man vermißt hatte, haben sich in den Lazarethen vorgefunden, oder sind zum Truppentheil resp. zum Ersatz zurückgekehrt. Diese Kategorien von Berichtigungen sind in obiger Berechnungen berücksichtigt.

— Das Kaiserreich. Diejenigen, welche auf großartige Feierlichkeiten bei der Inaugurirung des neuen deutschen Kaiserreiches, auf Krönung und Huldigung ihre Zukunftspläne basirt haben, möchten sich bitter täuschen, denn von der „Huldigung" ist, wie die Kreuzzeitung versichert, definitiv Abstand genommen, und auf die „Krönung" ist wohl so lange nicht zu rechnen, wie die alten deutschen Kaiser=Insignien nicht in unseren Händen sind. Dagegen wird die Rückkunft des Kaisers von Versailles mit einer großartigen Feier begangen werden, die ihren Höhepunkt in einer Illumination finden soll, wie sie Berlin bisher noch nicht gesehen hat. Das kaiserliche Schloß Unter den Linden, welches sich begreiflicherweise bisher bei solchen „feierlichen" Gelegenheiten in tiefes Dunkel hüllte, wird diesmal den Mittelpunkt der Beleuchtungskunst bilden. Auf Befehl der Kaiserin wird auf der Zinne des Palais eine aus Gasröhren hergestellte deutsche Kaiserkrone in mächtigen Dimensionen prangen, an welcher, um den Effect noch großartiger zu machen, die Edelsteine, durch farbiges Glas markirt, in elektrischem Lichte leuchten sollen. Der mit dem Entwurfe betraute Ingenieur ist bereits von der Kaiserin empfangen worden und hat die Zeichnung nebst Erläuterung die Zustimmung der Kaiserin erhalten. — Zu welcher Zeit aber die Rückkunft des Kaisers zu erwarten ist, darüber fehlt bis heute jede nähere Bestimmung; die heutige Nachricht der Volkszeitung, der Kaiser werde jedenfalls in den ersten Tagen des nächsten Monats hier eintreffen, um den ersten deutschen Reichstag in Person zu eröffnen, beruht augenscheinlich mehr auf Combinationen, wie auf thatsächlichen Anhalten.

— Zur Reichstagswahl. Wie bei den letzten Landtagswahlen, werden auch bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstage, der durch den Krieg verminderten Arbeitskräfte wegen, die hergebrachten statistischen Aufnahmen unterbleiben.

Dr. Kayßler, der in Orleans gefangen genommene Berichterstatter mehrer Berliner Zeitungen, ist auf telegraphische Weisung Jules Favre's in Freiheit gesetzt worden.

— Behufs einheitlicher Behandlung des Kalenderwesens im ganzen preußischen Staatsgebiete, namentlich um genaue Anhaltepunkte über die in den einzelnen Landestheilen gebräuchlichen Benennungen der Kalendertage zu gewinnen, läßt das königl. statistische Bureau durch die Bezirksregierungen und die Landräthe von den Kalenderverlegern je ein Exemplar der distribuirten Kalender einfordern.

— Der evangelische Oberkirchenrath hat die gegenwärtige Zeit für angethan erachtet, durch Vermittelung der Provinzialkonsistorien den Geistlichen eine neue Instruction für die Belebung des Kirchenbesuchs zugehen zu lassen. U. a. wird in derselben empfohlen, bei der Verkündigung von Aufgeboten zwischen Protestanten und Katholiken, wo das Versprechen katholischer Kindererziehung erfolgt ist, die Proclamation künftig ohne den sonst vorgeschriebenen Segenswunsch für das Brautpaar auszusprechen, und ein besonderes Formular vorgeschrieben, nach welchem der Parochus von der Kanzel herab unter voller Namensnennung jedes Gemeindemitglied denunciren muß, welches sich fernerhin zu dem „verabscheuenswerthen" Schritte des Uebertritts zum mosaischen Bekenntnisse entschließt, weil die Anhänger der jüdischen Religion eine Gemeinschaft bilden, die noch heute gegenüber der christlichen Kirche in dem nämlichen Haß und dergleichen Feindschaft verharrt wie einst gegen Christus selber. — Die christliche Liebe und Duldsamkeit tritt in der Instruction auch nicht grade grell in den Vordergrund.

— Das Aeltesten=Collegium der hiesigen Kaufmann=

schaft wird dem Kaiser bei seiner Rückkehr einen goldenen Lorbeerkranz überreichen, dessen Kosten durch freiwillige Beiträge der Corporationsmitglieder gedeckt werden.

Ausland.

Frankreich. Die innere Lage Frankreichs ist im Augenblicke die, wie sie von 1849 bis 1851 (bis zum Staatsstreiche) war. Die Leute, welche das allgemeine Stimmrecht nach Auflösung der constituirenden Versammlung in die legislative Versammlung sandte, scheinen wieder an's Ruder kommen zu sollen, und, wenn man nach den bis jetzt bekannten Wahlergebnissen urtheilen darf, so wird die zukünftige National-Versammlung wieder eine royalistisch-clericale Majorität haben. Möglich, daß ungeachtet dessen die Republik einige Zeit lang fortbesteht und es wieder wie 1869 geht, wo Herr Thiers, der auch heute wieder die Hauptrolle spielen wird, sagte: „Die Republik ist das Terrain, das uns (nämlich die verschiedenen Nuancen der monarchischen Parteien) am wenigsten trennt.“ Was das Landvolk anbelangt, das des Krieges herzlich satt ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dasselbe nur einfach für die conservativen Listen stimmte, weil es gegen den Krieg ist, welchen die Vertreter der Republik in ihre Obhut genommen haben. Dieselben haben übrigens seit 20 Jahren etwas gelernt, denn sie ließen sich dadurch, daß man nur in den Hauptcantonsorten stimmen konnte, nicht abhalten, sich an der Wahl zu betheiligen.

— In Bordeaux wurde am 12. d. Mts. um 3 Uhr Nachm. die vorbereitende Sitzung der Nationalversammlung eröffnet. Anwesend waren 250 bis 300 Deputirte. Benoit d'Azy führte als Alterspräsident den Vorsitz und betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die gegenwärtigen Umstände die sofortige Constituirung erheischten, wenn auch dieselbe noch nicht vollzählig sei. Diese Worte wurden allseitig beifällig aufgenommen. Emanuel Arago bemerkte, die definitive Constituirung könne nicht vor einigen Tagen erfolgen, da die Protocolle über die Wahlen erst einzulaufen beginnen und die Resultate von 28 bis 30 Departements, insbesondere die von Paris und der vom Feinde besetzten Departements noch nicht bekannt seien. Der Präsident brachte hierauf den Antrag auf sofortige Constituirung der Versammlung zur Abstimmung, welcher ohne Widerspruch angenommen wurde. — De Sarcest, Abgeordneter für Gard, sprach sich dahin aus, daß die Wahl der definitiven Bureaus sofort erfolgen solle, sobald mehr als die Hälfte aller Mitglieder anwesend sei. Der Ernst der gegenwärtigen Lage gestatte nicht die gewöhnlichen Regeln zu befolgen. Der Alterspräsident beantragte, die vier jüngsten Mitglieder zu Secretären zu ernennen. Es entspann sich über diesen Antrag eine kurze Debatte, an welcher sich Garnier-Pagès und Dupont betheiligten. Dalot betonte, das Land wisse nunmehr, daß eine gesetzmäßige Gewalt an seiner Spitze stehe. Girard, Abgeordneter der Vendée, vertheidigte ebenfalls die sofortige Ernennung der Secretäre. Der Antrag des Präsidenten wurde angenommen und Castellane, Tannegny-Duchatel, Willon und de Remusat in das Bureau berufen. Die Versammlung vertagte sich hierauf auf morgen 1 Uhr Nachmittags. Die Sitzung wird in dem gewöhnlichen Sitzungssaale stattfinden.

Oesterreich. Die Stellung des Reichskanzlers wird von Tage zu Tage unhaltbarer. Beust glaubte die Existenz der österreichischen Monarchie abhängig von einem guten Einvernehmen mit dem neuen deutschen Reiche; die gegenwärtigen Minister für Cisleithanien sind aber der Meinung, daß es die erste Nothwendigkeit sei die drohenden Uebermacht des deutschen Reiches mit allen Kräften entgegenzuwirken. Alle deutschfeindlichen Elemente der Monarchie werden unverweilt aufgerufen zum Kampfe gegen das Deutschthum, das den Slaven ausgeliefert werden soll. Czechen, Polen, Ultramontane und Feudale, denen allen der Deutschenhaß gemeinsam ist, sind die Stützen des neuen Ministeriums, und mit diesen kann Graf Beust unmöglich die Grundsätze seiner Politik zur Geltung bringen. Es ist mithin nur noch eine Frage der Zeit, wann der Reichskanzler geopfert werden wird. Die gegenwärtige Krisis wird die Erfüllung der Geschicke Oestreichs bedeutend beschleunigen.

Provinzielles.

Königsberg, 11. Febr. Als Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl wird die Fortschrittspartei in Vorschlag bringen, außer dem Stadtverordneten-Vorsteher Dickert, den Rittergutsbesitzer von Saucken-Tarputschen. Die Volkspartei wird als Candidaten für die Abgeordnetenwahl zum deutschen Reichsparlament die Herren Reitenbach-Plicken, Dr. Jacoby, Kaufm. Herbig, Dr. Rupp in Vorschlag bringen.

— In den letzten Tagen der vorigen Woche soll jedem derjenigen in Königsberg internirten Franzosen, welcher bei Sedan gefangen wurde, von dem Exkaiser Napoleon ein Geschenk von drei Thalern ausgezahlt worden sein. —

Verschiedenes.

— Gambetta's Herkunft. In einem Stuttgarter Blatt findet sich die Nachricht, daß Gambetta's Großvater ein Würtemberger gewesen, zu Munderkingen geboren sei, und Conrad Gemperle geheißen habe. Zur Zeit der Napoleonischen Continentalsperre sei er nach Frankreich ausgewandert und habe daselbst mit einem von ihm erfundenen Surrogat-Kaffee große Geschäfte gemacht. (Also wohl ein Verwandter der berühmten Firma Gemperle in Wien?) Sein Sohn habe eine italienische Jüdin geheirathet und seinen Namen in Gambetta verwälscht. Das Stuttgarter Blatt knüpft an diese Mittheilung die Bemerkung, daß durch solchen Sachverhalt vielleicht der physiologische Schlüssel zu den tollen Schwabenstreichen der Bordelaiser Surrogat-Regierung gefunden sei.

— Unter den 80,028 im Ersatzjahre 1869/70 eingestellten Ersatzmannschaften des Landheeres und der Marine befanden sich 72,247 mit Schulbildung in der deutschen Sprache, 5078 mit Schulbildung nur in der Muttersprache und 2703 oder 3,37 pCt. ohne Schulbildung. Unter den letzteren nimmt die Provinz Posen mit 14,38 pCt. unter den Provinzen den höchsten Rang ein, und hier wiederum ist es speciell der Regierungsbezirk Posen, welcher 3696 Recruten, d. h. 15,44 pCt., ohne Schulbildung für das Heer gestellt hat. Ihr folgt der Regierungsbezirk Mariender mit 2818 oder 15,01 pCt., Danzig mit 1514 oder 13,34 pCt., Bromberg mit 1881 oder 12,28 pCt., Königsberg mit 3817 oder 8,90 pCt., Gumbinnen mit 2660 oder 8,19 pCt., Oppeln mit 4398 oder 6,16 pCt., Breslau mit 4879 oder 1,57 pCt., Stralsund mit 626 oder 1,59 pCt., Köslin mit 1910 oder 1,62 pCt., Minden mit 1736 oder 1,95 pCt., Wiesbaden mit 1692 oder 0,11 pCt., Merseburg mit 3385 oder 0,26 pCt., Kassel mit 2667 oder 0,29 pCt., Trier mit 1928 oder 0,31 pCt., Magdeburg mit 2767 oder 0,36 pCt., Liegnitz mit 3328 oder 0,39 pCt., Potsdam mit 3829 oder 0,52 pCt., Stettin mit 2459 oder 0,52 pCt., Arnsberg mit 2559 oder 0,58 pCt., Erfurt mit 1364 oder 0,65 pCt., Koblenz mit 1987 oder 0,70 pCt., Münster mit 1511 oder 0,72 pCt., Frankfurt mit 3549 oder 0,76 pCt., Aachen mit 1396 oder 0,78 pCt., Düsseldorf mit 3732 oder 0,85 pCt., Köln mit 2145 oder 0,97 pCt., und die Stadt Berlin mit 458, darunter keiner ohne Schulbildung. — Könnten bei dieser Uebersicht die Provinzen Preußen, Posen und der Regierungsbezirk Oppeln außer Betracht gelassen werden, so würde sich der Gesammtprocentsatz als ein überaus günstiger herausstellen. In diesen drei Bezirken findet sich die große Schwierigkeit der nichtdeutschen Muttersprache, der litthauischen, masurischen und polnischen vor. Von Interesse ist ein Bericht der bromberger Regierung über die Ersatzmannschaften, welche beim zweiten Armeecorps eingestellt worden. Von den 208 Recruten, welche sich ohne Schulbildung befanden, waren 184 katholisch, 28 evangelisch. Von diesen wollen die Schule besucht haben 6 während 5—6 Jahren, 14 während 3—5 Jahren, 69 nur ganz kurze Zeit, 94 katholische und 10 evangelische gar nicht, 131 waren während der ganzen Schulzeit an ihrem Geburtsort verblieben, 77 waren umhergezogen. Von den einzelnen Kreisen weisen Inowraclaw 46, Gnesen 30, Schubin und Wongrowiec 28 und Czarnikau 5 auf ohne jede Schulbildung. Im Jahre 1868/69 bot dieser Regierungsbezirk 221, nämlich 195 katholische, 25 evangelische und 1 jüdischen Recruten ohne Schulbildung dar. Es hat sich somit die Zahl dieser Rekruten ohne Schulbildung vermindert.

— Die deutsche Reichsarmee. Die durch die Zeitungen laufende Nachricht, daß die Formation der Reichsarmee jetzt im Zuge sei, beruht auf vollständiger Unkenntniß der Verhältnisse, denn die deutsche Reichsarmee ist schon längst fertig. Neben den bisherigen zwölf Armeecorps des norddeutschen Bundes ist das dreizehnte Armeecorps aus den badischen und hessischen Truppen gebildet, das vierzehnte stellt Württemberg, das sich verpflichtet hat, ein selbständiges Armeecorps zu bilden, welches nach der bereits im December v. J. auf Grund der Versailler Verhandlungen abgeschlossenen Militär-Convention den Namen des vierzehnten Armeecorps führt und innerhalb drei Jahren zur vollen Ausführung gelangt sein muß. Die beiden bayerschen Armeecorps führen die Bezeichnung des 15. und 16. Armeecorps. Im Ganzen besteht die deutsche Reichsarmee mithin aus 17 Armeecorps und zählt 888 Bataillone Infanterie, einschließlich der Landwehren und Ersatzbataillone, nebst 93 Cavallerieregimentern à 5 Escadrons und 272 Batterien Artillerie.

Verglichen mit den Heeren der übrigen europäischen Großmächte, ist die deutsche Armee die weitaus stärkste. Die augenblicklich verschwundene französische Armee wird, wenn sie wieder reorganisirt ist, immer nur halb so stark sein als die deutsche, aber Frankreich wird einen Zeitraum von mindestens vier bis fünf Jahren gebrauchen, um diese Reorganisation durchzuführen. Bei der starken Defensivstellung, welche uns der Besitz von Elsaß und Lothringen mit Straßburg und Metz gewährt, werden wir mit 5 bis 6 Armeecorps und den entsprechenden Landwehren die gesammte französische Armee in Schach halten können.

Die österreichische Armee, die auf dem Papier 900,000 Mann stark sein soll, kann heutzutage nicht mehr als zehn Armeecorps, jedes Armeecorps durchschnittlich 35—36,000 Mann zählend, ins Feld stellen. Die Schlagfertigkeit dieser Armee anlangend, so hat der österreichische Kriegsminister selber erklärt, daß mindestens acht Wochen dazu erforderlich wären, um dieselbe an der Grenze concentriren zu können.

Auch die russische Armee, welche 47 Infanteriedivisionen zählt und nahezu 700,000 Mann Linientruppen stark ist, kann nach der Autorität der russischen Generale nur höchstens 20 Divisionen ins Feld stellen, weil nahezu 27 Divisionen zur Besetzung des inneren Rußlands nothwendig sind. In späterer Zeit, vielleicht in zehn Jahren, wird, wenn die jetzt beschlossene Heeresorganisation ganz durchgeführt ist, die gesammte Feldarmee außerhalb der russischen Grenzen verwendet werden können; jetzt aber würde Rußland keine 250,000 Mann in der Feldschlacht zu seiner Verfügung haben.

Wir können also der nächsten Zukunft, selbst für den Fall der schlimmsten Conjecturen, ruhig und ohne Besorgniß entgegensehen. Die deutsche Reichsarmee besitzt in diesem Augenblicke schon die Fähigkeit, mehre große Kriege gleichzeitig zu führen, und sollte sich eine Coalition gegen uns in naher oder entfernter Zeit bilden, so würden wir gewiß derselben rechtzeitig zu begegnen wissen und unsere Grenzen nach allen Richtungen hin bedeutend verbessern.

Stettin. Mit dem Frühjahr wird eine wöchentliche zweimalige Dampfschiffsverbindung mit Kopenhagen — neben der durch die Linie des Baltischen Lloyd — eingerichtet werden. Das Schiff wird in Kopenhagen für Rechnung zweier Kopenhagener und eines hiesigen Rheders gebaut. Mitte März würde das Dampfschiff zum ersten Male auf hier abgehen. Dasselbe wird wahrscheinlich auch die dänisch-deutsche Post befördern.

Breslau. Ein einjährig freiwilliger Artillerist, der zur Erklärung der hier öffentlich ausgestellten Mitrailleuse commandirt war, hatte aus Versehen beim Vorzeigen eine scharfe Patrone in den Kugelkasten gelassen. Als der Erklärer später das Losfeuern explicirte, ging der Schuß los u. die Kugel durchbohrte zwei vor dem Geschütz stehende Rekruten, so daß an deren Aufkommen gezweifelt wird.

— Folgende Mittheilung eines pariser Freundes veröffentlicht Wachenhusen in der „Köln. Ztg.“: „In 5 Jahren werden Sie den Krieg haben. Sie werden Elsaß und Lothringen nicht behalten; man wird Ihnen durch ein Bündniß mit Rußland diese Provinzen wieder entreißen! Frankreich wird es nimmer dulden, Ihnen diese Provinzen länger als fünf Jahre zu lassen, also gerade so lange Zeit, als Frankreich bei unermüdlicher Arbeit und Rüstung gebrauchen wird, um wieder kriegsfähig zu sein. Was ihm an Material fehlt, werden England und Amerika liefern, und in fünf Jahren werden mit den heranwachsenden Mannschaften auch diejenigen Hunderttausende und die halbe Million Gefangener in Deutschland als Landwehr kämpfen, welche heute besiegt wurden. Man wird das allgemeine Wehrsystem mit der äußersten Strenge durchführen und also zu einem Vernichtungskriege zeitig gerüstet sein.“ So weit mein Gewährsmann. Der Franzose ist sanguinisch und augenblicklich überreizt; er wird in fünf Jahren Zeit haben, sich eines Besseren zu besinnen.

Locales.

— **Eisenbahnangelegenheiten.** Zu unserer Notiz in Nro. 39 u. Bl. über die Differenz zwischen der K. Direction der Ostbahn und dem Kreise Thorn, welche auf dem Wege Rechtens ausgeglichen werden soll, können wir noch die Ergänzung von zuverlässiger Seite hinzufügen, daß den Kreisvertretern, als sie die Verpflichtung betreffs der unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens für die Thorn-Insterburger Eisenbahn übernahmen, ein Anschreiben des Herrn Handelsministers vorgelegt worden war, welches auf dem Entwurfe und Plane des Privat-Comitee's für diese Bahn basirte. In diesem Entwurfe und Plane war nur der Bahnhof auf dem rechtsseitigen Weichselufer bei der Stadt Thorn aufgenommen worden. Die gedachte Verpflichtung konnte sich somit nur auf den Grund und Boden von diesem Bahnhofe ab bis zur Kreisgrenze beziehen, und bezieht sich thatsächlich nur auf diesen Grund und Boden. —

Die „Danz. Ztg.“ bringt folgende erfreuliche Notiz: Mit den Aussichten auf einen baldigen Frieden beginnt das Interesse des gewerblichen Verkehrs in seine Rechte zu treten. In Förderung desselben wird Seitens der K. Direction der Ostbahn neuerdings eine große Anzahl neuer Maschinen und Wagen beschafft; auch ist von derselben, wie uns aus zuverlässiger Quelle versichert wird, in Aussicht genommen, sobald die Witterungs-Verhältnisse es zulassen, den Bau der Bahnstrecken von Flatow bis Konitz, von Gerdauen über Korschen nach Allenstein und von Thorn nach Jablonowo mit dem Bau der Weichselbrücke daselbst so zu fördern, daß im Laufe dieses Jahres die Betriebs-Eröffnung auf diesen Bahnstrecken erfolgen kann. — Wie wir hören, können wir auch begründete Hoffnung hegen, daß noch im Laufe dieses Jahres der Bau der Eisenbahn von Tilsit nach Memel in Angriff genommen wird.

— **Die Handelskammer** hat sich, wie wir dies in unserem Berichte über die Sitzung derselben am 31. v. M. in Nro. 29 u. Bl. bereits andeuteten, für einen diesseitigen Geschäftsmann W., welchem auf der Zollkammer in Poln. Leibitsch am 22. Juni v. J. 210 Sack Viehsalz confiscirt worden sind, bei dem Chef des Alexandrower Zollbezirks, dem General und Staatsrath v. L. dahin verwendet, daß derselbe befehle, den Besagten die konfiscirten 210 Sack Viehsalz zurückzugeben, oder den Verkauf derselben zu sistiren, damit die Handelskammer event. noch weitere Schritte zu Gunsten des Geschädigten thun könne. Gleichzeitig hatte die Handelskammer den jenseitigen Beamten ersucht um eine Information bezüglich der Einfuhr von Viehsalz nach Polen, um dieselbe zur Cognition der diesseitigen Geschäftswelt zu bringen. Auf dieses Gesuch ist ein Bescheid von dem Chef des Alexandrower Zollbezirks eingegangen; ehe wir jedoch den Inhalt desselben mittheilen, sei hier der Vorfall in Poln. Leibitsch am 22. Juni v. J. des Näheren dargelegt.

Auf geschäftlichem Wege war hierher, nach Preußen, die Nachricht gelangt, daß seit dem 1./13. Januar 1870 die Einfuhr des Viehsalzes gestattet sei, auf welche Mittheilung hin mehrere preußische Kaufleute über Dobrzyn, Poln. Leibitsch, Nieszawa und Alexandrowo besagten Artikel mit Zustimmung der betreffenden Zollkammern einführten. In diese Thatsache gestützt, brachte auch der beregte Kaufmann W. seine 210 Sack Viehsalz vor die Zollkammer in Poln. Leibitsch und meldete sie daselbst an, worauf ihm bedeutet wurde, daß seit heute, d. 22. Juni v. J., die Einfuhr von Viehsalz verboten wäre. W. hat darauf, ihm zu gestatten, sein Viehsalz wieder nach Preußen

zurückführen zu dürfen, was ihm indessen auch abgeschlagen sowie sein Viehsalz konfiscirt wurde. Offenbar hat der Bezeichnete keine Defraudation begehen wollen, da er seine Waare auf der besagten Zollkammer deklarirt hatte und die zollfreie Einfuhr von Viehsalz nach Polen nach den voraufgegangenen Vorgängen für erlaubt erachten durfte. Zudem ist eine amtliche Publikation eines Einfuhr-Verbots von Viehsalz nach Polen nicht erfolgt.

Auf das vorerwähnte Gesuch der Handelskammer in dieser Angelegenheit an den Chef des Alexandrower Zollgebiets antwortet dieser, daß er zu seinem größten Bedauern jeder Möglichkeit beraubt sei, den Wunsch der Handelskammer in Betreff der Freigebung des bei Herrn W. angehaltenen Salzes zu erfüllen. In Folge der Appellation desselben über die Entscheidung der Zollkammer, die Confiskation betreffend, sei die ganze Sache zur Entscheidung an eine höhere Instanz übergegangen und dadurch aus den Grenzen seiner (des besagten Chefs) Jurisdiction gekommen. Wenn die Handelskammer in dieser Sache Etwas thun wolle, so erübrige für sie nur sich direct an das Finanz-Ministerium, Departement der Zollaufhebung zu wenden, weil der Anstand und die Etikette des Dienstes ihm, dem Chef, nicht gestatten, selbst das Schreiben der Handelskammer zur Erwägung und Entscheidung dorthin zu übergeben.

Was nun die von der Handelskammer erbetene Information über die zollfreie Einfuhr des Viehsalzes nach Polen anlangt, so schreibt der besagte Chef Folgendes: „Seit der Zeit, daß hier die russische Zollverwaltung besteht, ist Salz, welches zur Nahrung, resp. welches dazu gebraucht werden kann, immer verboten und als solche Waare, auf Grund unserer Gesetze gehört Salz der Confiscation, unter welchem Namen man es einführe, ob öffentlich oder heimlich. Da das Salz, welches Herr W. nach Leibitsch brachte und unter Viehsalz angegeben, nach Untersuchung auf der Kron-Salz-Siederei, sich als reines Kochsalz erwies, mit künstlicher Beimischung von einem sehr geringen Theile ganz unschädlichen Eisen-Oxyds, welches dabei noch sehr leicht durch ganz gewöhnliche Filtrirung entfernt werden kann, so bestimmte die Zollkammer in Poln. Leibitsch — ganz ähnlich verfuhren fast zur selben Zeit auch andere Kammern — aus oben angeführten Gründen das Salz zu konfisciren, obgleich das in Poln. Leibitsch konfiscirte Salz wirklich für Vieh bestimmt gewesen ist, da ja für dasselbe nicht schädlich sein kann, was für Menschen unschädlich ist. — Obgleich das Gesetz dem Kreischef die Verpflichtung nicht auferlegt, Jeden hinzuweisen und ihm zu erklären, die bei uns bestehenden Gesetze, welche bei uns auf gehörige Weise bekannt gemacht werden, so halte ich es doch persönlich für meine Pflicht, nach Kräften dem ungehinderten Lauf des regelmäßigen Handelsverkehrs behilflich zu sein, und bin ich stets mit dem größten Vergnügen bereit, in dieser Hinsicht Allen, die dessen bedürfen, zu dienen, besonders Ausländern, die ganz natürlich weniger als Inländer mit den darauf gegründeten Ordnungen bekannt sein können. Meine Bereitwilligkeit in dieser Beziehung entspringt aus dem Wunsche wirklich ehrlichen Leuten behilflich zu sein und von meinen Handlungen jeden Verdacht, ungefällig sein zu wollen, zu entfernen. Diese (Bereitwilligkeit) erlaube ich mir auch der Handelskammer anzubieten, sie bittend, selbige anzunehmen, in Ermangelung der Möglichkeit, im vorliegenden Falle Ihre Hauptforderung erfüllen zu können, d. h. des Salzes des Herrn W. v. Levowsky, Wirklicher Staatsrath."

(Die Redaktion hat es nicht für zulässig erachtet, diesen zweiten auf die von der Handelskammer erbetene Information erfolgten Theil des Bescheides zu kürzen und zu ändern u. hat denselben dem Wortlaute nach wiedergegeben.)

Börsen-Bericht.

Berlin, den 9. Februar. cr.

	Schluß matt.
Fonds:	
Russ. Banknoten	$79\frac{3}{8}$
Warschau 8 Tage	$79\frac{1}{3}$
Poln. Pfandbriefe 4%	$70\frac{3}{4}$
Westpreuß. do. 4%	79
Posener do. neue 4%	$83\frac{7}{8}$
Amerikaner	$96\frac{3}{8}$
Oesterr. Banknoten 4%	$81\frac{7}{8}$
Italiener	55
Weizen:	
Februar	76
Roggen:	still.
loco	$52\frac{1}{2}$
Februar-März	53
April-Mai	53
Mai-Juni	$53\frac{3}{4}$
Rüböl: loco 100 Kilogramm	$28\frac{7}{12}$
pro April-Mai do.	$28\frac{3}{4}$
Spiritus	matt.
loco pro 10,000 Litre	16. 22.
pro April-Mai	17. 22.

Getreide-Markt.

Thorn, den 15. Februar. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: gelinder Frost. Mittags 12 Uhr 8 Grad Kälte. Preise unverändert, der schlechten Landwege wegen, wenig Zufuhr.

Weizen bunt 126—130 Pfd. 65—68 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 70—72 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 72—75 Thlr. pr. 2125 Pfd.

Roggen 120—125 Pfd. $44\frac{1}{2}$—46 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 43—45 Thlr., Kochwaare 47—52 Thlr. pro 2250 Pfd.

Gerste, Brauwaare 40—41 Thlr. pr. 1800 Pfd.

Spiritus pro 120 Qrt. à 80% $17\frac{1}{2}$—$17\frac{2}{3}$ Thlr.

Russische Banknoten $79\frac{7}{8}$, der Rubel $26\frac{3}{4}$ Sgr.

Danzig, den 14 Februar. Bahnpreise.

Weizenmarkt unverändert und fest, Zufuhr klein. Zu notiren: ordinär-rothbunt, bunt, schön roth, hell- und hochbunt von 116—131 Pfd. von 62—77 Thlr. und sehr feinglasig und weiß 78—79 Thlr. pro 2000 Pfund.

Roggen unverändert, 120—125 Pfd. von 48—51 Thlr. pro 2000 Pfd.

Gerste kleine 100 — 106 Pfd. von 40 — 42 Thlr., große 106—112 Pfd. von 42—46 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen unverändert und nach Qualität von 43 — 45 Thlr., gute Kochwaare von 46—50 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer nach Qualität 40—42 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Spiritus 15 Thlr. Geld.

Stettin, den 14. Februar, Nachmittags 2 Uhr.

Weizen, loco 63 — 76, pr. Frühjahr $77\frac{1}{4}$, pr. Mai-Juni 78, per Juni-Juli 79 Br.

Roggen, loco 50 — $54\frac{1}{2}$, per Februar $53\frac{1}{4}$ Br., per Frühj. $53\frac{1}{4}$, per Mai-Juni $53\frac{3}{4}$, per Juni-Juli $54\frac{3}{4}$ Br.

Rüböl, loco 100 Kilogramm 29, per Februar 100 Kilogramm $29\frac{1}{2}$, per Frühjahr 100 Kilogramm 29 Br., per September-Oktbr. 100 Kilogr. 27.

Spiritus, loco $16\frac{3}{4}$, per Februar $16\frac{5}{6}$, per Frühjahr $17\frac{1}{3}$, per Mai-Juni $17\frac{1}{2}$.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 14. Februar. Temperatur: Kälte 14 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand: 5 Fuß 11 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 17. Januar c. (No. 15 u. 16 der Thorner Zeitung) bringen wir hierdurch zur Kenntniß, daß durch Allerhöchste Kaiserlich Königl. Verordnung vom 23. Januar d. J. der Tag der Wahlen zum Deutschen Reichstage auf

Freitag, den 3. März d. J.

festgesetzt ist, und daß die Wahlhandlung an diesem Tage um 10 Uhr Vormittags beginnt und um 6 Uhr Nachmittags geschlossen wird.

Indem wir untenstehend die Eintheilung der Wahlbezirke unter Bezeichnung der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, sowie der Wahllokale folgen lassen, fordern wir die zur Wahl berechtigten Personen auf, sich an dem obengenannten Tage in dem Wahllokale ihres Wahlbezirks einzufinden und ihre Stimmen abzugeben. Die Wahl wird durch Abgabe eines auf weißem Papier geschriebenen oder gedruckten Stimmzettels ausgeübt, auf welchem der Name des Gewählten geschrieben oder gedruckt ist. Der Stimmzettel muß außerhalb des Wahllokals ausgefüllt und dergestalt zusammengefaltet sein, daß der auf demselben verzeichnete Name verdeckt ist. Mit der Unterschrift des Wählers oder mit einem äußeren Zeichen darf kein Stimmzettel versehen sein.

I. Wahlbezirk.

Altstadt No. 1 bis incl. No. 178 und No. 462, Brückenthor-Kontrolle, Schankhäuser am Weißen- und Segler-Thor und Schiffer auf Kähnen, deren Namen die Anfangsbuchstaben A. bis G. haben.

Wahlvorsteher: Stadtrath Taege. — Stellvertreter: Stadtrath Banke.

Wahllokal: Saal im Artushofe No. 152/53 Altstadt.

II. Wahlbezirk.

Altstadt No. 179 bis incl. No. 265, Brombergerthor-Kontrolle, Fischer-Vorstadt, Bromberger-Vorstadt, Ziegelei, Ziegeleikämpe, Grünhof, Krowiniec, Finkenthal und Schiffer auf Kähnen, deren Namen die Anfangsbuchstaben H. bis J. haben.

Wahlvorsteher: Stadtrath Lambeck. — Stellvertreter: Stadtrath Engelke.

Wahllokal: Aula in der Mädchenschule No. 260/63 Altstadt.

III. Wahlbezirk.

Altstadt No. 266 bis incl. No. 401 und Alte und Neue Culmer-Vorstadt und Schiffer wie ad I. mit den Buchstaben K. bis O.

Wahlvorsteher: Stadtverordneter C. Mallon. — Stellvertreter: Stadtverordneter M. Schirmer.

Wahllokal: bei dem Restaurateur Hildebrandt Altstadt No. 362/63.

IV. Wahlbezirk.

Altstadt No. 402 bis incl. No. 461 nebst Rathhaus, Neustadt No. 1 bis No. 114 und Schiffer wie ad I. mit den Buchstaben P. bis U., Bahnhof, Bazarkämpe, Brückenkopf und Culmerthor-Kontrolle.

Wahlvorsteher: Stadtrath Weese. — Stellvertreter: Stadtverordneter C. Wendisch.

Wahllokal: Magistrats-Sessionssaal im Rathhause.

V. Wahlbezirk.

Neustadt No. 115 bis incl. No. 331, Alte und Neue Jakobs-Vorstadt und Schiffer wie ad I. mit den Buchstaben V. bis Z.

Wahlvorsteher: Stadtrath Behrensdorff. — Stellvertreter: Rector Hoebel.

Wahllokal: Schützenhaus No. 307 Neustadt.

Thorn, den 10. Februar 1871.

Der Magistrat.

Auf dem Felde der Ehre starben den Heldentod für Kaiser, König und Vaterland als ein leuchtendes Vorbild von Tapferkeit für uns alle:

am 21. Januar c. im Gefecht vor Dijon, zwischen Fontaine und Talant,
der Feldwebel **Hoffmann** der 4. Compagnie,
der Sergeant und Bataillonsschreiber **Moerke** des 1. Bataillons,
der Unteroffizier **Witte** der 3. Compagnie;

an demselben Tage bei der Erstürmung des Dorfes Messigny:
der Unteroffizier **Lau**, der 9. Compagnie, Ritter des eisernen Kreuzes II. Klasse;

am 23. Januar c. in dem Gefechte hart vor den Mauern von Dijon:
der Sergeant u. Fahnenträger **Pionke** des 2. Bataillons, die entfaltete Fahne hochhaltend dem Feinde entgegen stürmend.

am 28. Januar c. in dem Dorf-Gefecht bei Prouthoy fielen durch einen Schuß in den Kopf getroffen:
der Unteroffizier **Gustav Piotraschke** der 8. Compagnie und
der einjährig-Freiwillige **Ernst Dietrich** der 8. Compagnie;

ferner sind ihren in dem Gefecht vor Dijon am 23. Januar c. erhaltenen schweren Wunden erlegen:
der Unteroffizier **Herrmann Ruhz**,
do. **Franz Potratz** und
do. **Franz Pohl** der 7. Compagnie;

ebenso erlag am 11. Januar c. im Feldlazareth zu Yeres vor Paris den Strapatzen des Feldzuges:
der Sergeant **Stoeckmann** der 1. Compagnie.

Tief beklagen wir den Verlust der braven Kameraden, und wird ihr Andenken bei uns nie erlöschen.

Marsch-Quartier Dijon d. 1. Februar 1871.

Das Unteroffizier-Corps
des 8. Pommerschen Infanterie-Regiments No. 61.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck**. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck**.